BRH AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 06131/223371, Fax: 06131/225625, E-Mail: post@brh.de, Internet: www.brh.de

Redaktion: Dieter Berberich und Anita Losereit

Nr. 04 24.01.2011

01 Heesen und Stöhr: Bürger wollen leistungsfähigen und funktionierenden öffentlichen Dienst

Den Wunsch der Bürger nach einem leistungsfähigen und funktionierenden öffentlichen Dienst haben der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen und Frank Stöhr, Zweiter Vorsitzender des dbb, mit Blick auf die Einkommensrunde 2011 noch einmal unterstrichen. Dem „dbb magazin“ (Ausgabe Januar/Februar 2011) sagte Heesen, die Einkommensforderung sei „nicht erwürfelt, sondern errechnet. Sie ist das Ergebnis sorgfältiger Analysen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sowie der Haushaltslage der Gebietskörperschaften, die die Folgen der Finanzkrise noch nicht überwunden haben, aber im laufenden Jahr mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnen – und wirtschaften – können“. Die Forderung von 50 Euro plus drei Prozent bringe besonders den Beziehern geringer Einkommen ein deutliches Plus und schaffe Spielräume, Nachwuchs und Fachkräfte zu gewinnen.

Stöhr verwies auf die „Berufsspezifischen Tage“, mit denen die Leistungen des öffentlichen Dienstes für die Bürger an ausgewählten Beispielen dargestellt werden sollen. In gewisser Weise sitze der Bürger mit am Verhandlungstisch, so Stöhr. „Ferner sind es – anders als in der Privatwirtschaft – bei uns öffentliche Mittel, aus denen der Tarifabschluss zu begleichen ist. Wir können am Verhandlungstisch stark auftreten, wenn wir wissen, die Bürger stehen hinter unserer Forderung“, so der dbb Verhandlungsführer.

Heesen verwies darauf, dass allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Beteiligung der allgemeinen Einkommensentwicklung zustehe. Der dbb setze sich für den Gleichklang zwischen den Statusgruppen ein. Der dbb Chef kündigte an: „Wir werden hart über unser Gesamtpaket verhandeln, weil unsere Forderungen seriös und akzeptabel sind, ohne Länder und Kommunen in den Bankrott zu stürzen“. Stöhr sagte, die Zusammenarbeit mit ver.di habe in den vergangenen Jahren Früchte getragen und die tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit erhöht. „Trotzdem müssen wir jedes Jahr neu darum kämpfen, dass Konkurrenz und Kooperation in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen“.

---

02 Versicherte der ehemaligen Deutsche Beamtenversicherung Öffentlichrechtliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt

---

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

Wenn die o. g. Versicherten in der Zeit vom 31. Dezember 1989 schon und am 26. April 1990 noch dort versichert waren, haben sie Geld zu erwarten. Die Ansprüche ergeben sich aus einem seinerzeit ausgehändigten Berechtigungsschein – dessen Coupon 2 kann jetzt eingelöst werden – und zwar bis zum 01. Oktober 2012, teilte die DBVÖR (DBV Öffentlichrechtliche Anstalt für Beteiligungen) in Wiesbaden am 13.01.2011 mit.

Coupon 2 kann bei Filialen mehrerer Banken und einer Reihe von Sparkassen eingereicht werden. Mehr Infos unter www.dbvoer.de oder über die Service-Nummer 01803 / 20 26 08.

03 Notstand in der Lebensmittelkontrolle

Wegen fehlenden Personals herrscht nach Ansicht der Gewerkschaft komba ein Notstand in der Lebensmittelkontrolle.

In den Verbraucherschutzämtern sei die Personaldecke infolge Stellenabbaus und nicht besetzter Stellen ausgedünnt, kritisierte der Hamburger komba-Landesvorsitzende Horst Weidemann am 18. Januar 2011. Bei zusätzlichen Belastungen wie dem Dioxin-Skandal müsse die öffentliche Verwaltung zwangsläufig kollabieren. Weidemann verwies auf Angaben des Bundesverbandes der Lebensmittelkontrolleure, dass bundesweit statt der gegenwärtig rund 2.500 Mitarbeiter etwa 10.000 notwendig wären.

04 Aktion der Enthüllungsplattform Wikileaks

Von der geplanten Aktion der Enthüllungsplattform Wikileaks, rund 2.000 Namen potenzieller Steuersünder, darunter angeblich auch Deutsche – für jedermann einsehbar online zu stellen, ist der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, nicht begeistert. „Zur Gaudi, als pure Showaktion, ist das abzulehnen“, sagte er dem „Donaukurier“ (Ausgabe vom 17. Januar 2011). Statt die Daten zu veröffentlichen, müssten sie den Strafbehörden übergeben werden, so Ondracek. Auch für die Steuersünder gelte das Steuergeheimnis.

05 DPolG zu Vorratsdatenspeicherung: Besser unzureichende Gesetze als keine

Angesichts des Streits in der schwarz-gelben Regierungskoalition über die Einführung der Vorratsdatenspeicherung und einer Visawarndatei fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) CDU/CSU und FDP auf, schnellstmöglich den Kompromiss zu suchen. DPolG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte am 17. Januar 2010 in Berlin: „Was Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger plant, ist zwar weit entfernt von notwendiger Sicherheitspolitik. Aber besser ein Minimum an Sicherheit als gar keine.“

Der Vorschlag der Ministerin im Hinblick auf eine Neugestaltung der Vorratsdatenspeicherung, das so genannte „Quick-Freeze“-Verfahren anzuwenden, reicht nach Meinung der DPolG nicht aus. Wendt: „Das schnelle Einfrieren von Verbindungsdaten bei konkretem Anlass ist leider unzureichend, da es den Telekommunikationsunternehmen in Deutschland grundsätzlich untersagt ist, Daten zu speichern. Flatrate-Anbieter tun dies schon gar nicht“. Bei der Schaffung einer Visawarndatei komme es seiner Meinung nach darauf an, jetzt rasch wenigstens das Vorhaben aus dem Koali-

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

tionsvertrag umzusetzen. Auffällige Personen, die einen Visa-Antrag stellen, sollen zur näheren Überprüfung erkennbar gemacht werden“, heißt es dort.

06 Soziale Sicherungssysteme

Der Vorsitzende der Rentenkommission, Herr Dr. Klotzsche, hat zum Artikel „Comeback der Superstars“ aus dem Spiegel vom 10.01.2011 der Redaktion eine Abhandlung zukommen lassen.

Altbundeskanzler Helmut Kohl wurde im Artikel zitiert, er ermahnte die CDU, politischen Modeerscheinungen stärker zu trotzen und vermeintlich chicen Trends weniger hinterherzulaufen. Das ginge – „wenn man denn will“.

Er erwähnte das Beispiel der sozialen Versicherungssysteme. Sie seien „nicht zu behandeln wie Jeans, die man den einen Sommer eng anliegend und im nächsten wieder ausladend trägt“. „Seid vorsichtig“, so Kohls Rat, „hinterfragt die Motive, aus denen heraus der Versuch unternommen wird, ganze Systeme auf den Kopf zu stellen“.

Kohl hatte seine Erfahrungen gemacht mit der Sozialkoalition aus Norbert Blüm („Die Renten sind sicher“) und Rudolf Dreßler.

Die Folge war, dass man über Blüms These von der sicheren Staatsrente lachte, darüber aber vergaß, das Alternativkonzept kritisch zu überprüfen.

Keiner hinterfragte Hans Martin Bury und weitere Persönlichkeiten, die bedeutungsvoll von „Kapitaldeckung“ und Privatisierung redeten. Lösungen wurden versprochen und wer diese infrage stellte, der war nicht „zeitgemäß“.

Kapitaldeckung war seinerzeit das Zauberwort und hat sich als einer in die Irre führenden Begriffe der letzten Jahre herauskristallisiert, denn gedeckt ist da oft gar nichts. Er schuf die Vorstellung, dass man die sozialen Sicherungssysteme nur dem staatlichen Würgegriff entziehen müsse, den Beitragszahlern dafür die Freiheit gäbe, ihr Vorsorgegeld von Finanzdienstleistern am Kapitalmarkt anlegen zu lassen und schon wären alle Probleme dieser Systeme gelöst.

Was Kapitaldeckung verschleiert, ist zum einen, dass für diese zweite Säule alle Beitragszahler *eigenes* Geld aufbringen müssen, zum anderen das Risiko innerhalb des Kapitalmarkts. Nicht zuletzt bleibt die Frage offen, wer in jedem Fall Profiteur des neuen Systems ist.

Die Risiken haben das neue System inzwischen bereits eingeholt und seine Verteidiger im Zuge der Finanzkrise mit in den Abgrund gerissen. Hans Martin Bury wurde zunächst Schröders rechte Hand im Kanzleramt und stürzte dann als Investmentbanker mit Lehman Brothers ab, die als Bank, deren Pleite die Finanzkrise auslöste, in die Geschichte eingehen wird.

Die privaten Krankenversicherer stehen vor den exakt gleichen Problemen: Überalterung und Finanznot, wie ihre gesetzliche Konkurrenz. Weil die junge, gesunde und dynamische Klientel der privaten Krankenversicherer älter geworden ist – und weil die Rendite ihrer Rücklagen erlahmt.

Kapitaldeckung kann mittlerweile jeder Bürger im Kleinen nachvollziehen, wenn er zu denen gehörte, die einen privaten Kredit einmal mit einer als Heilmittel beworbenen Lebensversicherung gegenfinanziert haben. Von der einstigen Empfehlung nehmen

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

die Bankberater von damals gerne Abstand, d. h. sie zeigen sich verlegen und möchten ungern darauf angesprochen werden.

Auch die rot-grüne Koalition folgte der Welle der Kapitaldeckung und argumentierte damit, dass nicht der Staat die Rente zu sichern imstande wäre, sondern vom Können her nur private Finanzdienstleister. Es scheint, dass zu wenige diese Aussagen hinterfragten und dies gründlich taten, denn die sonst übliche Debatte mit ihren Folgen wurde nicht geführt. Viele Finanzdienstleister, wie z. B. der AWD-Gründer Carsten Maschmeyer, haben damit sehr gut verdient, was zwar kein Motiv der Politik gewesen sein mag, aber im Ergebnis festgehalten werden kann, während die Probleme der sozialen Sicherungssystem nach wie vor ungelöst bleiben. So sind sowohl Politik als auch Öffentlichkeit von den Versprechungen einer Finanzindustrie eingenommen worden, die von diesen Neuerungen Nutznießer wurde.

Ob nun Jahresauszüge von der Rentenversicherung oder der Riester-Rente, die staatliche Rente weist eine große Kluft zwischen Investition und Ertrag. Erwiesenermaßen bleibt so die Riester-Rente weit hinter den Erwartungen bzw. den Versprechungen zurück und kann als Schwachstelle für das staatliche System erachtet werden. Zehn Jahre nach der Einführung muss die kapitalgedeckte Riester-Rente „den Offenbarungseid ablegen“.

Der Bürger reagiert jedoch inzwischen mit seiner Erfahrung und Räson. Davon zeugen die vorzeitigen Auflösungen der Riesterverträge trotz entstandener Verluste. Man hat also inzwischen die Zusammenhänge verstanden - dass diese Rente genauso unsicher ist wie staatliche.

Im Hinblick auf die Pflegeversicherung wird in Ermangelung echter Alternativen und daher notgedrungen erneut mit der Kapitaldeckung „geliebäugelt“.

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages ganz oder auszugsweise sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.